

"Österreich und die EWG" in Wiener Zeitung (20. März 1959)

Legende: Angesichts der Ungewissheit der Pläne für eine große europäische Freihandelszone und in Erwägung der Benachteiligung der europäischen Länder außerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), fordert die österreichische Wiener Zeitung am 20. März 1959 die Verantwortlichen der Politik des Landes dazu auf, die Handlungsfreiheit Österreichs für eigene Initiativen zu nutzen.

Quelle: Wiener Zeitung. 20.03.1959, n° 3221. Wien.

Urheberrecht: (c) Wiener Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"osterreich_und_die_ewg"_in_wiener_zeitung_20_marz_1959-de-0f7881e5-ac19-4e58-bca7-60f8446b5993.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Österreich und die EWG

Von Ernst-Werner Nußbaum

Die Konferenzen von Brüssel, wo der Ministerrat der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes zu Beginn der Woche tagte, und von Stockholm, wo einen Tag später Vertreter von sieben nicht dieser Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) angehörenden Staaten zusammengekommen waren, haben deutlich gemacht, daß noch kein Ausweg aus der Sackgasse zu erkennen ist, in die man in der Frage des größeren europäischen Marktes – Freihandelszone, multilateraler Wirtschaftsverband oder wie immer er heißen mag – geraten ist. Man tastet herum, sucht vorerst verhandlungstaktisch Boden zu gewinnen und alle Beteiligten spüren deutlich, daß man nicht recht vorankommt.

Indessen aber wächst mit jedem Monat die Benachteiligung der Nicht-EWG-Staaten gegenüber den Mitgliedern des Sechsermarktes. Diese Diskriminierung drückt sich nicht so sehr darin aus, daß für die EWG-Mitglieder in größerem Maße die Zölle gesenkt und die Importkontingente erhöht wurden als für die anderen Staaten des freien Europa. Aber die österreichischen Exporteure spüren diese Diskriminierung in wachsendem Maße. Ausländische Kaufleute verhalten sich ihnen gegenüber reserviert, weil am 1. Juli 1960 die nächste Zollsenkungsetappe in der EWG fällig ist und niemand heute wissen kann, ob nicht dann der Preisunterschied zwischen österreichischen und beispielsweise deutschen oder französischen Waren zu hoch geworden ist – wenn bis dahin kein größerer Europamarkt zustande gekommen ist.

Besonders in Österreich muß man die Dinge jetzt sehr realistisch sehen. In Stockholm haben die Briten, unterstützt von den Schweden, die Gründung einer Siebener-Zollunion, ähnlich der EWG, vorgeschlagen. Wenn die Existenz einer solchen Gruppe die Einigung mit der EWG leichter macht als multilaterale oder auch bilaterale Verhandlungen aller OEEC-Mitglieder, dann kann man darüber reden. Aber ein Ersatz für die Zollunion der Sechs kann diese Siebener-Gemeinschaft niemals sein, denn vom österreichischen Export gehen nur 12 Prozent in diese neue Gruppe, aber mehr als 50 Prozent in die EWG. Niemand könnte es verantworten, durch den Beitritt zu einem Anti-EWG-Block die Hälfte des österreichischen Exports aufs Spiel zu setzen.

Ähnlich ist ja die Problematik gegenüber dem Osten. Von der österreichischen Ausfuhr entfallen 13 Prozent auf den Osthandel. Politiker und Wirtschaftler unseres Landes betonen eindringlich, daß eine Assoziierung mit der EWG die mit der Neutralität übernommenen Verpflichtungen nicht brechen würde. Wenn aber trotzdem ein Übereinkommen mit den Sechs den österreichischen Osthandel erschweren würde, dann müßte man sagen: lieber 13 Prozent der Ausfuhr verlieren als 50 Prozent.

Aber so scharf braucht die angestrebte Lösung nicht zu sein; das läge auch gar nicht auf der Linie der traditionellen österreichischen Politik. Es müßte doch möglich sein einen Mittelweg zu finden, der Österreichs großen Exportanteil in die EWG-Staaten auch für die Zukunft sichert, ohne daß deswegen Einbußen in anderen Richtungen des Außenhandels hingenommen werden müßten. Da und dort zeigen sich ja schon Ansätze, wie bisher ungelöste Fragen zu überwinden wären. Die Anpassung der Außenzölle zum Beispiel, scheint nicht mehr als so unübersteigbares Hindernis zu gelten wie zu Zeiten, da hierin der entscheidende Unterschied zwischen dem ursprünglichen Freihandelszonenkonzept und der EWG lag.

Voraussetzung für eine Lösung ist aber natürlich der Wille aller, sich mit ehrlichem Willen wieder an den Verhandlungstisch zu setzen. Vielleicht gibt es einen Weg, der beiden Seiten die Prinzipien beläßt und dennoch einen praktischen Kompromiß ermöglicht. Wenn die EWG betont, daß sie Außenseitern, die – aus welchen Gründen immer – nicht Vollmitglieder werden wollen oder können, nicht gut die vollen Rechte einräumen könnte, dann wäre eventuell zu überlegen, ob die Differenzierung so minimal sein könnte, daß sie das Prinzip wahrt, aber für die Nicht-EWG-Staaten doch annehmbar ist. Damit könnte gleichzeitig dem anderen Grundsatz Rechnung getragen werden, daß die europäische Einheit nicht zerstört werden darf.

Man muß sich fragen, ob nicht Österreich hier stärker die Initiative ergreifen sollte. Unser Land ist frei vom Verdacht, extremer Vertreter der einen oder der anderen Konzeption zu sein, wie etwa Frankreich oder Großbritannien. Es hat von allen europäischen Nicht-EWG-Staaten das größte Interesse an einer Einigung –

wegen des 50prozentigen Anteils der EWG an seinem Export, aber nicht deswegen allein. Und es entspräche der bewährten österreichischen Staatskunst, dort einen Mittelweg zu finden, wo sich andere festgefahren haben, Kompromisse zu suchen, die berechnete Prinzipien nicht unzulässig verletzen und zugleich auf die Praxis abgestellt sind.

Dazu fehlt freilich vorläufig eines: ein wirkliches Konzept. Das Problem ist nun einmal so schwer zu lösen, daß auch andere bisher nicht auf eine brauchbare Regelung kamen. Aber diese anderen sind dabei doch teilweise in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt, weil sie in der einen oder anderen Richtung zu sehr exponiert sind. Für Österreich trifft das nicht zu.

Wer ein solches brauchbares Konzept ausdenken will, darf aber nicht durch andere Arbeiten in Regierung oder Parteipolitik überlastet sein. Vielleicht sollte man deshalb nach den Wahlen doch an die Einsetzung eines Sonderbeauftragten für diese Frage denken. Vielleicht müßte man sogar einen „brain-trust“ dafür schaffen, etwa als eigenes Büro wie seinerzeit für die ERP-Hilfe oder jetzt für die Ablöselieferungen.

Österreich darf, wie immer wieder betont wird, keine Möglichkeit ungenützt lassen, die eine Lösung in der Integrationsfrage verspricht. Vielleicht wäre stärkere eigene Initiative in dem angedeuteten Sinn ein solcher Weg. Man sollte dies alles gründlich überlegen und nicht weiterhin abwarten, was die anderen – die EWG oder die Hauptsprecher der „anderen Sieben“ – vorzuschlagen haben. Denn die Zeit arbeitet gegen die österreichischen Interessen.